

II— 1046 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des NationalratesXIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 593 /J

1976 -07- 06

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. HÖCHTL, Suppan
und Genossen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Einführung des Briefwahlrechtes

Anlässlich seines Staatsbesuches in Schweden hatte Bundespräsident Dr. Kirchschläger die Frage des Briefwahlrechtes für im Ausland lebende Österreicher zur Diskussion gestellt. Nach einer Meldung der "Wiener Zeitung" vom 21.5.1976 stellte der Bundespräsident fest, daß von der österreichischen Kolonie in Schweden an ihn das Anliegen herangetragen wurde, nach Wegen zu suchen, wie den Auslandsösterreichern die Beteiligung an den Wahlen ermöglicht werden könnte.

"Dr. Kirchschläger meinte, es gäbe dabei verfassungsmäßige, aber auch technische Schwierigkeiten. Doch wäre es nicht ausgeschlossen, damit anzufangen, daß man jene Österreicher, die dienstlich im Ausland leben, etwa UNO-Soldaten oder Angehörige der diplomatischen Missionen, an Wahlen teilnehmen lasse."

Angesichts dieser Feststellung des Bundespräsidenten ist es interessant zu erfahren, welche Stellung das Innenministerium derzeit zum Problem der Briefwahl einnimmt. Im Zuge der Beratung des Budgets 1976 hatte der Innenminister erklärt, daß er die Möglichkeit der Teilnahme an Nationalratswahlen für UNO-Kontingente, also für Dienstnehmer des Bundes, die aufgrund internationaler Vereinbarungen im Ausland eingesetzt werden, ins Auge fasse. Es fragt sich nun, welche Initiativen der Innenminister bisher ergriffen hat, um zu mindest dieser Per-

sonengruppe das Wahlrecht im Ausland zu gewährleisten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

- 1.) Sind Ihnen die Äußerungen des Bundespräsidenten anlässlich seines Schwedenbesuches, wonach er die Einführung des Briefwahlrechtes zu mindest für jene Österreicher, die dienstlich im Ausland leben, etwa UNO-Soldaten oder Angehörige der diplomatischen Missionen, anregt, bekannt?
- 2.) Welche Maßnahmen haben Sie bisher getroffen, um die Einführung des Briefwahlrechtes in Österreich auf gesetzlicher Basis zu ermöglichen?
- 3.) Wann werden Sie einen Gesetzesentwurf betreffend die Einführung der Briefwahl für im Ausland lebende Österreicher dem Begutachtungsverfahren zuführen?
- 4.) Für welchen Personenkreis planen Sie die Einführung des Briefwahlrechtes?